Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingerstraße 21. Telephon 1765. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 129. | Dresden, Sonnabend den 6. Juni 1908. | 19. Jahrg.

Propheten und Agitatoren.

Nahezu zwei Jahrtausende sind hingegangen über jenes märchendunkle Wunder, das die Christenheit um die Tage der Pfingsten als Ausgießung des heiligen Geistes feiert und von der die Apostelgeschichte zu singen und zu sagen weiß. Die christliche Kirche bewies nur Anpassungstalent an heidnisch-mythologische Naturgefühle, wenn sie diese Ausgießung fallen ließ in die Zeit der Naturreife und Pracht, in die Zeit, da heiße Sommerdüfte berauschend um der Menschheit Seele wehen; wenn sie die zündenden Einwirkungen göttlichen Geistes für die Jesusjünger in dieselbe Zeit verlegte, in der die Naturkräfte berauschende Göttlichkeit in Baum und Gras und Halm überschwenglich äußern.

Es hieße um einen Pfifferling klopffechten, wollte man breit darüber streiten, ob je ein Pfingstwunder geschah, wie es die Geschichte Sankt Lucä kündet; ob je die ersten Verkünder der urchristlichen Heilsbotschaft, von plötzlicher genialer Eingebung entflammt, wie rasende Heilige vor das Volk stürmten, um neue Weisen und neue Götter zu predigen. Dichtung, Legende, Entstellung haben das neue Testament unglaubhaft gemacht und die Spuren verwischt, die die Anhänger des Nazareners über ein verfaultes Reich hinzogen. Aber so viel sagt dem Proletarier seine wissenschaftliche Auffassung über das Werden und Wirken der Idee, daß der ökonomische und moralische Zusammenbruch des römischen Riesenreichs, das Hinvegetieren eines ausgesaugten Volkes in Millionen das Feuer dumpfer Erbitterung schüren und jene glimmende, mystisch-revolutionäre Begeisterung gebären mußte, mit der die kühnsten Fanatiker des neuen christlichen Idols alte Götter in den Staub warfen. Um dieses revolutionären Feuers willen wurden die, die man die Jünger Jesu nennt, von einer in ihren Interessen bedrohten Gesellschaft beschimpft, für des süßen Weines voll gehalten, gesteinigt, gekreuzigt.

Heute nennt man die christlich-revolutionären Vorkämpfer der antiken römischen Gesellschaft Propheten, Heilige, Gotterwählte. Denen, die vor zweitausend Jahren das Volk aufriefen zum Kampfe gegen einen brüchig gewordenen Staat, denen malt man heute im Namen einer ebenso brüchig gewordenen Gesellschaft die Glorie des himmlischen Heiligenscheins ums Haupt. Daß die so zweifelhaft Geehrten utopistische Kommunisten waren, daß sie verlangten, von zween Hemden eins dem zu geben, der keins habe, daß sie die Beseitigung aller Klassenherrschaft aufs religiöse Kampfbanner geschrieben hatten, das scheint den christlichen Klassenstaat von heute und seine kirchlichen Trabanten wenig zu beirren.

Wenn die Kirche Jesu glaubt Heilige haben zu müssen — schön! Das Bedürfnis allein aber schafft die Tatsache nicht aus der Welt, daß die ideentrunknen Schwärmer und Stürmer der römischen Verfallszeit — mögen sie Christus, Johannes, Petrus, Paulus oder sonst wie heißen — für ihre Zeit nicht mehr und nicht weniger bedeuteten, wie die Vorkämpfer des Sozialismus für unsere Tage. Nur nennt die christliche Gesellschaft den sozialistischen Umstürzler nicht einen Propheten und Heiligen, sondern einen Agitator, Hetzer, Aufwiegler, vaterlandslosen Gesellen.

Und von den urchristlichen Schwärmern läßt sich alljährlich um Pfingsten die besitzende Christenheit vom Agitator der Kanzel erzählen, daß die Petrus und Paulus in allen Zungen redeten, daß sie in der Sprache eines jeden Volkes predigten, daß sie zur gesamten leidenden Menschheit sprachen. Daß über alles dies nunmehr zwei Jahrtausende in der Entwicklung Flucht hinweggerast und eine geknechtete Menschheit schufen, die in allen Zungen nach Erlösung von den Gebresten des Kapitalismus lechzt, will diese selbe bibelgläubige Gesellschaft nicht sehen. Dieselbe herrschende Klasse, die heute das Volk mit Feiertagen der Zeiten gedenken läßt, da Jesus Jünger neue Kulturgedanken in ekstatischer Verzückung den Bedrückten aller Länder kündeten, die wälzt eine Schlammflut der Verleumdung gegen die Sozialdemokratie, steinigt sie und nennt die Partei der Elenden vaterlandslos, weil sie tut, was die Heiligen der offiziellen Kirche taten: weil sie gegen das internationale kapitalistische Privateigentum einen internationalen Kampf ficht. Deswegen Räuber und Mörder, weil wir uns gegen ein Elend auflehnen, das in Europa dieselbe Zunge spricht wie in Amerika.

Und wie sich das Volk aus Mesopotamien und Kappadozien und Persien und Rom entsetzte, irr wurde, als die verzückten Männer aus Judäa in der Sprache aller römischen Provinzen agitierten, werden heute am völkerumfassenden Charakter des Sozialismus noch jene Millionen Armer irre, denen nicht eingehen will, daß mit der hereinbrechenden Weltwirtschaft das proletarische Weltempfinden über alle nationalen Grenzpfähle lächelnd hinweg schreitet, daß mit dem Volksstaate auch die Völkerverbrüderung kommen muß.

Wenn diese blinden Haufen geistig Armer einmal das so überaus irdische Pfingstwunder von der Internationalität des Sozialismus in seiner strahlenden Größe erfassen gelernt, wenn ihrem Hirn einmal lichtklar geworden, daß das gesamte Proletariat unserer Weltkugel mit der gleichen ökonomischen Entwicklung die gleichen idealen Ziele, die gleiche Sprache der Sehnsucht gemein haben muß, wird in der Menschheit Nähe jenes hehre Ziel gerückt sein, das die offizielle Kirche mit pathetischen Pfingstepisteln einer sehendwerdenden Masse zu verwischen sucht.

Parteiegoismus und Wahlrechtsjammer.

In der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, dem Leiborgan des Fürsten Bülow, also einem offiziösen Regierungsblatte, wird ein Artikel über die Wahlrechtsfrage in Sachsen veröffentlicht, in dem die politische Situation in Sachsen so zutreffend und offen beurteilt wird, soweit das von dem einseitigen bürgerlichen Standpunkte aus überhaupt möglich ist. Es heißt unter anderem in dem aus Dresden stammenden Artikel, den aber das Bülow-Blatt ohne allen Vorbehalt wiedergibt:

Wer es verstanden hat, sich einen von Parteiinteressen aller Art ungetrübten Blick zu bewahren, wird nicht darüber in Zweifel sein, daß der Kampf, der augenblicklich im Sachsen geführt wird, trotz aller dekorativen Mäntelchen, mit denen er so gern drapiert wird, **sich in der Hauptsache um die Frage dreht, welcher Partei in Zukunft die führende Rolle im sächsischen Landtage zufallen soll.** Und soweit man auch schon mit dem Paktieren gekommen ist, wirklich einig ist man eigentlich bisher nur in dem einen Punkt, der Sozialdemokratie nicht die Möglichkeit unbeschränkten Emporkommens zu geben; klar erscheint außerdem noch, daß weder der Freisinn noch die Reformpartei durch irgendein neues Wahlrecht sich zur führenden Partei in Sachsen entwickeln werden, da beiden in der sächsischen Wählerschaft der nötige Resonanzboden fehlt. Sicher ist, daß Sachsen seiner inneren, d. h. volkswirtschaftlichen Struktur nach, **diese Resonanz eigentlich nur zwei Parteien geben kann, der Sozialdemokratie und dem Nationalliberalismus.** Das ergibt sich schon aus der einfachen Tatsache, daß Sachsen zu ⅞ ein Industriestaat ist.

Schon hieraus folgt für den unbefangenen Beobachter, daß ein Landtag, in dem wie jetzt die Majorität in den Händen der konservativen Partei liegt, nicht den tatsächlichen Verhältnissen dieses Landes entspricht. Dennoch wäre es übereilt, daraus zu folgern, daß die Prärogative dieser Partei um jeden Preis gebrochen werden müsse.... Ist es doch überhaupt verkehrt, dieser Partei stets das Epitheton „reaktionär" anzuheften. Man verwechselt hierbei eben zum Schaden dieser großen und nützlichen Partei den Einfluß, den vielleicht einige ihrer Führer ausüben, mit den guten Bestrebungen der Partei selbst.

Zur Wahlrechtsfrage übergehend wird dann folgendes ausgeführt:

Zweifellos mußte sich die Regierung von Anbeginn darüber klar sein, daß ihr Entwurf nicht mit ungeteilter Freude aufgenommen würde. Jede Aenderung des Wahlrechts bringt auch tiefgehende Veränderungen in der Zusammensetzung der Kammer mit sich, und wenn wir dabei auch ganz von dem **Ehrgeiz einzelner absehen** wollen, der **sicher auch hier und da in bängliche Aufregung versetzt worden ist,** so ist es vor allem natürlich, daß in erster Linie diejenige Partei frondiert, die zurzeit die meisten Sitze inne hat, also eventl. auch am meisten verlieren kann; und **das ist in Sachsen augenblicklich die konservative.** Dennoch mußte die Regierung mit vollem Recht überrascht sein von dem geradezu erbitterten Widerstand, der ihr gerade von dieser Seite begegnete. Und diese Ueberraschung mußte noch wachsen, als man erfuhr, daß sich der Widerstand in der Hauptsache gegen die von der Regierung vorgeschlagene Wahl durch Kommunalverbände richtete, also gegen den Faktor des Entwurfs, der wie kein anderer geeignet scheint, in Zukunft eine starke Stütze der konservativen Bestrebungen zu werden. Der Schluß liegt nahe, daß der angegebene Oppositionsgrund — die Befürchtung einer Beeinflussung der Wahl durch die Amtshauptleute — fingiert ist, und daß sich die ganze Fronde der Kammer in der Hauptsache darum dreht, **jede Aenderung eo ipso zu bekämpfen und alles beim alten zu lassen.**

Die ursprünglich gehegte Hoffnung, die Regierung durch heftige Opposition zum Nachgeben zu bringen, hat sich als trügerisch erwiesen. So verfiel man denn auf ein neues Mittel, um das Gefürchtete zu verhindern. Die konservative und nationalliberale Fraktion legten sich fast ohne jede Ausnahme auf ein Kompromiß fest, mit dem sie scheinbar der Regierung entgegenkommen, in Wahrheit aber ihr den Preis aus der Hand winden wollen. . . .

Indessen scheint heute schon ziemlich klar, daß dieser Vermittlungsweg nicht zum Ziele führen wird, denn er bedeutet im Grunde nichts anderes als eine Niederlage der Regierung. Darüber ist auch diese sich vollkommen klar und hat es, auch in der allerneuesten Zeit, nicht an Aeußerungen fehlen lassen, die keinen Zweifel daran lassen, daß sie eventl. die letzten Konsequenzen ziehen wird. Diese unerwartete Festigkeit macht den Parteien recht viel Kopfschmerzen, und der agrarisch-konservative Vogtl. Anz. schreibt bekümmert: „Graf v. Hohenthal bleibt, trotzdem er im Landtage nur eine verschwindende Minderheit hinter sich hat, auf dem ursprünglichen und nur unwesentlich abgeänderten Regierungsprojekt stehen: Wahl eines Drittels der Zweiten Kammer durch Kommunalverbände. Der Landtag lehnt diesen Vorschlag rund ab, die Regierung den der Landtagsmehrheit. Was aber nun?" Schließlich wird dann dem Minister „fart" angedeutet, daß ihm ja noch der Rücktritt bliebe. — Hier haben wir zwischen den Zeilen die Erklärung für das zwischen den Mehrheitsparteien abgeschlossene Kompromiß und dessen vorzeitige Veröffentlichung, trotzdem — wie seinerzeit ausdrücklich betont wurde — „die Beteiligten sich zum Stillschweigen verpflichtet hatten"! — Da nämlich die Versuche, den Grafen Hohenthal selbst aus dem Sattel zu heben, sämtlich mißglückt sind, so heißt es eben jetzt, das Ziel — die Unschädlichmachung der Wahlreform — auf andere Weise zu erreichen. Das aber kann nur erfolgen durch Gewinnung einer festen Zweidrittelmehrheit im Landtage, und diese wieder setzt ein Zusammengehen der Konservativen und Nationalliberalen voraus. Zudem hat sich der Minister durch seine in der Wahlrechtsdeputation abgegebene Erklärung so sehr festgelegt, daß er, falls man über seine Vorschläge einfach hinwegginge, tatsächlich entweder den letzten Schritt tun oder — gehen muß. Parteitaktisch war es daher sehr geschickt inszeniert, dem Minister durch den Zusammenschluß der Parteien schon heute zu zeigen, daß er praktischerweise auch ferner einer kompakten Opposition gegenüberstehen soll. Verleiht — rechnen muß man — läßt er sich dadurch einschüchtern!

Zum Glück ist Graf Hohenthal nicht ängstlich veranlagt, und außerdem ist es gewiß, daß es der Regierung bitter Ernst ist mit der Wahlrechtsfrage. Es wird einmal nicht ihre Schuld sein, wenn sich später das sächsische Volk in seinen Hoffnungen getäuscht sehen sollte! Wenn also die Mehrheitsparteien sich nicht noch in letzter Stunde entschließen, der Regierung im Vertrauen auf deren staatsmännische Einsicht und ihren guten Willen weitere Konzessionen zu machen, so kann Sachsen mit großer Wahrscheinlichkeit darauf rechnen, daß es noch in diesem Jahre zu einer Landtagsauflösung kommt. . . .

Was hier in erster Linie über die konservative Partei und ihre Treibereien gegen die Wahlrechtsreform aus selbstsüchtigen Gründen gesagt wird, ist gewiß nichts Neues. Wir haben mit anderen Worten schon mehrfach dasselbe hervorgehoben und noch deutlicher unterstrichen, als es hier geschieht. Daß aber in dem Bülow-Blatt diese Tatsache besonders konstatiert wird, daß dem Treiben bei der Wahlrechtsreform tatsächlich nur ein Streit um konservative und nationalliberale Parteiinteressen zugrunde liegt, ist bemerkenswert und beachtlich. Diese Tatsache kann wirklich nicht genug hervorgehoben werden. Sie lehrt, daß jede Wahlrechtsreform im Sumpfe des Parteiegoismus der herrschenden Cliquen zugrunde gehen muß, solange die Konservativen die Mehrheit haben und die Nationalliberalen ihnen Gefolgschaft leisten. Es ist daher bei den politischen Kämpfen in Sachsen für uns die Situation außerordentlich klar. Wollen wir eine freiheitliche Wahlrechtsreform fördern, kann für uns nur die Losung lauten: Gegen die konservativ-nationalliberale Reaktion. Zu unseren wichtigsten Aufgaben aber wird es gehören, uns zu diesen Kämpfen zu rüsten.

Agrarier und Weltverkehr.

k. Die agrarische Presse ist durch die Nachricht, daß die Bagdadbahn nun doch bis zum Jahre 1910 fertig gestellt werden soll, in Angst- und Wutkrämpfe versetzt worden. Die Deutsche Agrarkorrespondenz hat die Junker alarmiert, sie hat den Schreckensruf ausgestoßen, daß Deutschland demnächst durch einen Ueberfluß von Brot bedroht ist. Im Jahre 1902 ist einem von der Deutschen Bank geleiteten Konsortium die Konzession zur Erbauung der Bagdadbahn erteilt worden. Mit Befriedigung konstatierten die Agrarier, daß diesem Unternehmen durch England derartige Schwierigkeiten bereitet worden sind, daß bis heute von der nahezu 2300 Kilometer langen Bahnlinie erst 200 Kilometer fertiggestellt sind. Die Freude unseres Junkertums an der Verzögerung und möglichster Verhinderung eines wahrhaften Kulturunternehmens kennzeichnet die Unkultur der die Regierung Preußen-Deutschlands beherrschenden konservativen Parteien und enthüllt die Verlogenheit der von denselben Parteien betriebenen „Weltpolitik". Bei den Hottentottenwahlen im Jahre 1907 hatte Dernburg in einem seiner berüchtigten Vorträge über die Aussichten der deutschen Kolonien, die durch nichts begründete Ansicht entwickelt, daß eine deutschen Kolonien auch für die Weizenproduktion in Frage käme. Kaum war diese Kolonialphantasie bekannt geworden, da erhob sich in der konservativen Presse sofort das Geschrei, daß die staatserhaltenden Parteien der deutschen Kolonialpolitik ihre Unterstützung versagen müßten, wenn ans deutschen Kolonien etwa einst Weizen nach Deutschland eingeführt werden sollte. Wieder ist es die Furcht vor der Weizeneinfuhr, die die Junker auf die Schanzen ruft. Das Bagdadunternehmen kann, so versichert die Agrarkorrespondenz, möglicherweise den Weizenpreis für Mitteleuropa ohne Zoll auf 65 M. pro 1000 Kilogramm zurückwerfen. „Rechnen wir," so fährt sie fort, „den geltenden Zoll von 55 M. noch hinzu, so erhalten wir einen Totalpreis für Mitteldeutschland von 120 M. pro Tonne. Das wäre etwa der tiefste Punkt, auf den die argentinische Konkurrenz im Oktober 1894 zur Caprivizeit die Weizenpreise in Berlin zurückgeworfen hatte." Daß diese Preisberechnungen mit Absicht übertrieben niedrige sind, dient dem Zweck der Agrarier, die „Gefahr" der Bagdadbahn durch Vergrößerungsgläser zu zeigen, damit der Abwehrkampf gegen die Verbilligung des Brotes in Deutschland heute schon mit aller Kraft aufgenommen wird. Im Jahre 1907/08 hatte Deutschland Weizenpreise bis 210 M. pro Tonne, der Durchschnittspreis wird mehr als 215 M. betragen haben. Unter diesen Wucherpreisen sank der Brotkonsum, sonst hätten die hohen Preise sich wahrscheinlich dauernd behaupten können. Dieses Preisniveau war nur unter dem Schutz des Wucherzolles von 55 M. pro Tonne und der Gewährung von Prämien für die Ausfuhr in gleicher Höhe möglich. Sie haben Geschmack an diesen Hungerpreisen gefunden, die Fortführung der Bagdadbahn wird als preisgefährdend denunziert und als Gegenmittel nicht mehr und nicht weniger als **eine weitere Erhöhung der Getreidezölle gefordert.** Die agrarische Weisheit stellt fest, „daß unsere heutigen Getreidezölle nur für normale Zeiten berechnet sind und den oben skizzierten Möglichkeiten gegenüber als **ganz ungenügend** bezeichnet werden müssen". Nebenher wird den blockbrüderlichen Bankleuten unerbittliche Fehde an-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19080606/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG